

Der Brunnerbrief

Sonderausgabe vom 29. Mai 2015

Serbien und der Westbalkan – zwischen der EU und Russland



Vor ein paar Tagen war ein Artikel in einer serbischen Zeitung zu lesen, in dem Michael Kirby, der Botschafter der USA in Serbien, sagte, die Serben seien leicht schizophran – das Herz ziehe sie nach Osten, während sie der Kopf zur gleichen Zeit in den Westen führe. Obwohl das in einer lockeren Atmosphäre ausgesprochen wurde und als Scherz gelten sollte, ist Wahrheit darin verborgen. Ein Serbe mag in einer polygamen Ehe leben. Er ist in Russland verliebt, aber würde eher sein Leben in Deutschland verbringen, dort arbeiten und die Kinder zur Schule bringen.

Worin liegt diese Diskrepanz zwischen Ratio und Emotio? Sentimentale Elemente existieren in den serbisch-russischen Beziehungen auch unabhängig vom Kosovo, der von Russland nicht anerkannt wurde. Interessanterweise wurde aber unter Berufung auf den Kosovo-Fall die Annexion der Krim durch Russland gerechtfertigt. Historisch war die Freundschaft mit Russland in Serbien immer präsent. Serbien und Russland sind verbunden durch den gemeinsamen orthodoxen Glauben, die slawische Herkunft und durch eine friedliche gemeinsame Ge-



schichte. Zieht man die aktuellen Beziehungen Russlands mit seinen Nachbarn in Betracht, scheinen gerade die räumliche Distanz und Nicht-NATO-Mitgliedschaft gute Voraussetzungen für ein freundschaftliches Verhältnis zu sein.

Der Verfasser des Artikels, Pavle Milutinovic, kommt aus Serbien und absolviert seit März 2015 ein Praktikum im Büro von Karl-Heinz Brunner (Internationales Parlaments Stipendium). Bevor er die Tätigkeit im Deutschen Bundestag begonnen hat, hat er Rechtswissenschaften in Belgrad und in Freiburg studiert. Nach dem Jurastudium wird er in einer Rechtsanwaltskanzlei in Belgrad arbeiten.



Die aktuelle serbische Außenpolitik ist gekennzeichnet durch das Sitzen auf zwei Stühlen. Am 21. Januar 2014 haben die Beitrittsverhandlungen der EU mit dem Westbalkanstaat begonnen. Andererseits hat Serbien keine Sanktionen gegen Russland erlassen und pflegt weiterhin gute Beziehungen zum Kreml. Das außenpolitische Ideal der Neutralität zwischen Ost

und West erinnert an die Zeit vor dem Zerfall Jugoslawiens, als die globalen Machtbeziehungen diese politische Akrobatik auf dünnem Seil ermöglichten.

Im kollektiven Gedächtnis gilt diese Zeit als eine Phase generellen Wohlstands und eines hohen Ansehens des Staates. Im Schatten dieser Tatsache versteckt sich eine Gefahr, die oft von europäischen Politikern übersehen wird – die Gefahr für die demokratische Ordnung nicht nur in Serbien, sondern auch in allen anderen ex-jugoslawischen Ländern. Man verbindet unbewusst, ohne sich mit realen Argumenten auseinanderzusetzen, gute Zeiten mit der gemilderten Art von Diktatur, wie es unter Tito der Fall war. Dagegen gilt die Demokratie als eine der Schuldigen für die gegenwärtige schwere politische und gesellschaftliche Situation. Häufig haben die Menschen das Gefühl, dass die EU nur verlangt, aber nichts anbietet. Sie verlangt eine Verbesserung der Menschenrechte und demokratische Weiterentwicklung. Subjektiv bleiben jedoch der Lebensstandard und die Kaufkraft auf demselben Niveau, also unerträglich niedrig. Dies könnte in nicht allzu ferner Zukunft einen Spielraum für Links- sowie Rechtspopulisten eröffnen und wiederum erhebliche Folgen für die ganze Region mit sich ziehen.

Serbien als wirtschaftliches Brückenland

Theoretisch kann diese politische „sowohl Ost-als-auch-West“-Richtung positiv beurteilt werden, da Sanktionen an sich nichts Gutes für die Wirtschaftslage in einem Land bringen können. Auf einem anderen Blatt



steht das Faktum, dass Politik und Wirtschaft häufig Hand in Hand gehen. Als Beispiel lässt sich ein deutsches Unternehmen aus der Fleischindustrie nennen (Tönnies Lebensmittel GmbH & Co. KG), das in Serbien aufgrund des erleichterten Zugangs zum russischen Markt investieren will oder auch der große italienische Autohersteller „FIAT“, der eine Fabrik in Serbien besitzt und auf grünes Licht zum Export seiner Autos nach Russland wartet. Dies gilt von den konservativen Parteien als Argument dafür, dass Serbien „eine Brücke“ zwischen der EU und Russland sein könne. Bei anderen schürt diese Rhetorik Misstrauen, dass Serbien von der EU als trojanisches Pferd Russlands und Stellvertreter in Europa gesehen werden könnte.

Für konservative serbische Politiker ist eine Anbindung ihres Landes an Russland eine Alternative zur Mitgliedschaft in der EU. Eine solche Zweigliedrigkeit entspricht nicht den realen Verhältnissen, sondern ist mehr das Resultat von historisch begründeten Emotionen. Allein ein Blick auf die Weltkarte, die Außenhandelsbilanzen und die Summe der überwiesenen Entwicklungshilfen macht klar, dass Serbien nur ein Weg wirklich offensteht: der europäische.

Die Kosovofrage

Neben der schwachen Wirtschaftssituation ist der Kosovo Serbiens zweite offene Wunde. Ohne an dieser Stelle die Frage des endgültigen Status vom Kosovo zu besprechen, sollen mögliche Ansätze hinsichtlich dieser Problematik genannt werden. Im Moment kann man davon ausgehen, dass es sich im Fall des Kosovo um ein Territorium handelt, das allein nicht in der

Lage ist, wirtschaftlich zu überleben. Eine erste Möglichkeit wäre die Anbindung Kosovo an alte serbische oder sogar ex-jugoslawische Strukturen, was in diesem Moment schwer denkbar ist. Nicht nur wegen des Krieges, auch aufgrund der Unfähigkeit (oder realen Unmöglichkeit) Serbiens, fast zwei Millionen Albaner aus dem Kosovo zu integrieren.



Bild 1: Quelle: Deutsche Welle

Den zweiten Lösungsansatz könnte man in der Stärkung der Kosovo-Albanien-Beziehungen sehen, was wiederum wegen der schwachen albanischen Wirtschaft keine reale Option darstellt. Hierbei dürfte man ein viel größeres Problem nicht außer Acht lassen. Die Anbindung des Kosovo an Albanien bedeutet für einen radikalen Teil der Serben aus Bosnien, sich in Richtung Serbien zu orientieren, was zu neuen Unruhen und Umformulierung der Grenzen auf dem Balkan führen könnte. Der dritte Ansatz wäre es, den Kosovo in die europäischen Institutionen zu integrieren, was momentan zu optimistisch zu sein scheint und schwer durchführbar ist. Wichtig wären deshalb Investitionen von Unternehmen aus anderen EU-Ländern.



Der schwere Stand der Demokratie

Sieht man Licht am Ende des Tunnels für Serbien und Westbalkan? Wie kann es erreicht werden? Mit der Stärkung der Demokratie und ihrer Werte muss die wirtschaftliche Verbesserung in kleinen balkanischen Ländern einhergehen. Es mag radikal klingen, aber Demokratie kann nur mittel- und langfristig eine Lösung sein. Jetzt kann man mit ihr weder den Traktor betanken, noch sich mit ihr kleiden. Die Demokratie ist sehr wichtig für die Region, aber nicht mehr als die Tatsache, den Menschen einen Arbeitsplatz zu sichern und ihnen die Möglichkeit zu geben, von der eigenen Arbeit leben zu können.

Die Zusammenarbeit soll weiterhin zum einen zwischen den einzelnen südosteuropäischen Länder und der EU stattfinden, aber genauso muss zum anderen die regionale Zusammenarbeit verstärkt und weiter fortgeführt werden. Die balkanischen Politiker müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass die Berliner Mauer vor mehr als 20 Jahren gefallen ist und dass es in einer durch den technologischen Fortschritt immer kleiner werdenden und globalisierten Welt

keinen Platz für neue Umgruppierungen auf nationaler Grundlage gibt. Deshalb sollte die europäische Perspektive dieser Staaten nicht in Frage gestellt werden. Der europäische Weg muss aber durch die Betonung der Wichtigkeit der regionalen Zusammenarbeit gekennzeichnet sein.

Ausblick

Irland hat es vorgemacht – die volle Gleichstellung muss es jetzt auch in Deutschland geben. Der nächste Brunnerbrief wird sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema beschäftigen.

In letzter Zeit gewinnt auch die sozialdemokratische Bewegung immer mehr an Bedeutung, die mit ihren Grundwerten wie Freiheit, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit den Aufbau von demokratischen Institutionen und dem Prozess der Verständigung zwischen verschiedenen Völkern auf dem Balkan beschleunigen kann. Andererseits soll sie als „goldene Mitte“ zwischen liberalen, konservativen und sozialistischen Positionen den „wildem“ Kapitalismus nicht durch eine andere Wirtschaftsform ersetzen, sondern Grenzen setzen und den Arbeitnehmern auf diesem Gebiet ein würdiges Leben ermöglichen. Denn nur ein satter Arbeitnehmer ist ein guter Arbeitnehmer – egal ob in Neu-Ulm oder in Belgrad.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meiner Wahlkreisbüros in Neu-Ulm und Kempten stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

